Leit1 „Es geht um unsere Zukunft!“ - unser 5-Punkte-Plan zur Kommunalwahl

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	01.03.2019
Tagesordnungspunkt:	3. Leitanträge

Antragstext

Ohne die Arbeit vor Ort geht nichts. Das stimmt nicht nur bei Aktivismus, sondern auch bei der Tagespolitik. Stadtverordnete, Kreistage, Gemeindevertretungen und Ortsbeirätemachen in Brandenburg Tag für Tag Kommunalpolitik, häufig ohne dass viele es mitbekommen. Damit jugendliche Anliegen und Ideen ganz vorne mit dabei sind, stellen wir als Grüne Jugend viele Kandidat*innen bei den Kommunalwahlen in Brandenburg im Mai 2019. Umweltschutz, soziales Miteinander, belebte Orte und eine klare Kante gegen Rechts fangen im Dorf oder der Stadt an. Wir mischen uns ein, und mischen auf. Wir haben mutige Konzepte. Weil es um unsere Zukunft geht!

Unsere Zukunft - lieber grün als giftig!

Wir wollen das Insekten- und Vogelsterben stoppen und die Natur zurück in den Ort holen. Dafür muss der Einsatz von Glyphosat und anderen Umweltgiften auf kommunalen Flächen verboten werden. Außerdem sollen möglichst alle Bäume in unseren Kommunen erhalten und besonders an kahlen Plätzen und Straßen viele neue Bäume gepflanzt werden. Wir wollen auch abseits von Parks tief durchatmen können. Insgesamt muss möglichst viel naturnaher Grünraum geschaffen werden.

Für Clubs, (Sub)Kultur und Sport vor Ort!

Kultur besteht für uns nicht nur aus dem Barberini in Potsdam oder dem Staatstheater in Cottbus. Wir wollen, dass Jugendclubs und -räume möglichst von Jugendlichen selbstverwaltet werden. Bereits existierende Jugendclubs möchten wir erhalten und fördern. Dort, wo sie fehlen, müssen neue Räume für Jugendliche geschaffen werden. Clubs zum Tanzen und Feiern, die sich hinter und vor der Tür weltoffen und liberalzeigen, wollen wir in ländlichen und urbanen Räumen unterstützen. Zudem möchten wir nicht-kommerzielle „Solispaces“ schaffen, die Platz für non-profit-Kneipen, Umsonstläden und Co-Working mit freiem WLAN bieten. Außerdem wollen wir das Gesundheitsrisiko von Drogenkonsum senken und dazu offene Beratungsstellen flächendeckend anbieten.

Autofrei unterwegs - Rad, Bus und Tram sind unsere Zukunft!

Wir wollen, dass Leute unabhängig von ihrem Wohnort ein Leben ohne Auto führen können. Dafür müssen Rad, Tram, Bus und Regio ausgebaut werden. Wir wollen das Radwegenetz radikal erweitern, die Straßenbahn in allen kreisfreien Städten erhalten und modernisieren. Vor allem in ländlichen Regionen, aber überall nachts und am Wochenende, muss der Takt von Bus und Tram erhöht werden. Wir wollen neue Buslinien dorthin fahren lassen, wo Menschen bisher abgehängt sind. Auch über Grenzen hinweg. Innerorts soll für motorisierten Verkehr Tempo 30 gelten.

Refugees welcome – nur eine bunte Gesellschaft hat Zukunft!

Wir wollen, dass Brandenburg für Geflüchtete nicht nur ein Ort des Ankommens ist, sondern auch ein Ort des Hierbleibens. Dafür muss es wesentlich mehr

Sprach- und Integrationskurse geben. Geflüchtete, insbesondere geflüchtete Familien, sollen dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Frauen*, alleinreisende Minderjährige und LGBTIQ*-Personen benötigen besonderen Schutz und Hilfe. Für Beteiligung vor Ort soll es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten einen Migrant*innenbeirat geben. Wir wollen Willkommensinitiativen und Vereine, bspw. im Sport- oder Musikbereich, die Integration aktiv leben, unterstützen. Wir werden in den Kommunen dagegen kämpfen, dass abgeschoben wird und uns dafür einsetzen, Geflüchtete aufzunehmen, die auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. #seebruecke#sicherehäfen

Es ist unsere Zukunft – Wir meinen Jugendbeteiligung ernst!

Wir wollen mehr Kinder- und Jugendparlamente schaffen, aktiv fördern und diese mit großzügigen eigenen Etats und mehr Mitbestimmungsrechten ausstatten. In kleinen Kommunen sollen zumindest temporäre Entwicklungswerkstätten für Kinder und Jugendliche Beteiligung ermöglichen. Jugendbeteiligung bedeutet außerdem, durch eine Stärkung des Ehrenamtes dafür zu sorgen, dass sich mehr junge Leute z.B. bei der Geflüchteteninitiative vor Ort oder bei der freiwilligen Feuerwehr engagieren. Politischen Protest von Jugendlichen in Form zivilen Ungehorsams, etwa bei "Fridays For Future", sehen wir als ein legitimes Mittel, das auf drängende Probleme dieser Zeit hinweist.

Begründung

erfolgt mündlich